

GRÜNE MOTOREN IM PARLA- MENT

Lisa Badum

schen Staatsangehörigkeit. Deshalb haben wir mit dem Gesetz einen Antrag mitverabschiedet, in dem wir die Bundesländer dazu auffordern, die künftige Einbürgerungspraxis dieser Gruppen zu evaluieren. Sollten sie bei der Ermessenseinbürgerung benachteiligt werden, müssen wir nachbessern.

Canan: Vielleicht gelingt es uns auch noch, diese Fragen im Rahmen der Verwaltungsvorschriften zu lösen, die uns vom Bundesinnenministerium zugesagt wurden. Darüber hinaus fordern wir in dem Antrag, die Situation der Staatenlosen zu verbessern. Wir haben schon in der letzten Legislatur einen Antrag eingebracht, wo wir Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit ermöglichen wollten, die aufgrund des Klimawandels staatenlos werden.

Filiz: Wir wollen mehr Staatenlose entsprechend den internationalen Verpflichtungen einbürgern und halten die Bundesländer dazu an, verstärkt auf sie zu schauen. Wir Deutsche haben hier eine besondere Verantwortung. Im Nationalsozialismus wurden Regimegegner*innen ausgebürgert und zu Staatenlosen gemacht. Deshalb ist es wichtig, dass wir das Staatsangehörigkeitsrecht immer im Kontext unserer Geschichte sehen.

Das tun wir nun auch bei der Gastarbeiter-Generation, für die wir die Anforderungen an die Einbürgerung lockern.

Filiz: Die Gastarbeiter*innen und Vertragsarbeiter*innen haben unglaublich viel geleistet für dieses Land. Sie haben das Wirtschaftswunder mit ermöglicht und ihre Kinder zu einer sehr erfolgreichen Generation erzogen. Diese Lebensleistung wollen wir nach all den Jahren mit einer erleichterten Einbürgerung würdigen. Das ist ein ganz wichtiges Signal in die Migrationsgesellschaft.

Canan: Ja, dabei geht es um die Anerkennung des Beitrags, den diese Menschen geleistet haben. Die Staatsangehörigkeit hat viele Aspekte, die über das rein Rechtliche hinaus einen hohen Wert besitzen, weil sie echte Zugehörigkeit ausdrücken. Ich fand es schön, dieses Willkommen zu feiern, als ich 1999 im Bonner Rathaus eingebürgert wurde. Das liegt vielleicht auch an meinem Nachnamen. Bayram bedeutet Fest.

Filiz: Wir sollten auch dieses Gesetz mit einem großen Fest feiern.

Wir danken euch für das Gespräch.

www.gruene-bundestag.de/dein-pass



In dieser Rubrik haben wir in der letzten Ausgabe die grünen Ausschussvorsitzenden vorgestellt. Heute stellen wir drei Abgeordnete vor, die weitere wichtige, aber öffentlich nicht so bekannte Gremien im Parlament leiten.

Lisa Badum, Vorsitzende im Unterausschuss Internationale Klima- und Energiepolitik

Unser Ausschuss begleitet das wichtigste Klimagremium der Welt: die internationalen Klimakonferenzen der Vereinten Nationen. Klimaaußenpolitik wird bei uns lebendig, indem wir Klima-, Außen- und Sicherheitspolitik zusammendenken und so unseren Partnerländern gegenüber eine gemeinsame Strategie aller beteiligten Ressorts entwickeln. Wir halten außerdem nach, wo wir mit Ländern wie dem Senegal, Indien oder Brasilien mit unseren Klimapartnerschaften stehen. Dass Deutschland selbst eine glaubwürdige nationale Klimapolitik betreibt, ist dabei sehr wichtig. Die Energiekrise in Europa und die kurzfristige Nachfrage nach mehr Flüssiggas dürfen die Energiewende nicht bremsen.

Wir erlauben uns im Ausschuss zudem immer wieder, in die Tiefe zu gehen und neue Themen aufzusetzen, wie zum Beispiel die Energiewende im „erneuerbaren“ Nahen Osten. Schwierig ist besonders bei Delegationsreisen der Umgang mit der AfD: Es fällt

Jamila Schäfer

Emilia Fester

Foto: S. Kaminski

schwer, als Delegationsleitung für Menschen ansprechbar zu sein, die unsere Demokratie abschaffen wollen. Umso erfreulicher ist es, dass die überparteiliche Zusammenarbeit unter den demokratischen Fraktionen sehr gut funktioniert und alle ambitioniert am multilateralen Klimaschutz arbeiten.

Jamila Schäfer, Vorsitzende im Bundesfinanzierungsgremium

In den Jahren vor der Finanzkrise bündelten Investmentbanken fragwürdige Hypothekenkredite in verlockende Anleihen und verkauften sie an Investor*innen. Als die Kredite strauchelten und damit die Anleihen, stürzte zuerst der Immobilienmarkt und dann das gesamte globale Finanzsystem in eine existenzielle Krise. Die Lehman-Insolvenz riss die Wirtschaft in einen Abgrund. Die Bundesregierung war gezwungen, ein gigantisches Rettungspaket zu schnüren, um das Finanzsystem vor dem Kollaps zu bewahren.

Um eine solche Krise künftig zu vermeiden, schuf der Bundestag 2009 das Bundesfinanzierungsgremium, eine Instanz zur parlamentarischen Kontrolle der Staatsverschuldung, Unternehmensbeteiligungen und Finanzmarktstabilität. Wir kontrollieren, zu welchem Zweck der Bund welche Schulden macht, beobachten die Finanzmarktpolitik und die Beteiligungen des Bundes an 100 Unternehmen. Mir macht es sehr viel Spaß, die Sitzungen zu leiten, weil man viel über die Funkti-

onsweise unseres Staates und der Finanzmärkte lernt und unsere Diskussionen dort eine wichtige Grundlage für Parlamentsentscheidungen sind.

Emilia Fester, Vorsitzende der Kinderkommission (bis 12/2023)

Die Kinderkommission soll die Interessen junger Menschen in der Politik vertreten, trotzdem sind junge Sachverständige dort eine Seltenheit. Das wollte ich in meiner Zeit als Vorsitzende der „Kiko“ von Juni bis Dezember 2023 ändern, denn: Interessenvertretung geht nur mit Beteiligung. Die unterschiedlichen Lebensrealitäten der Jugend müssen in allen Politikbereichen mitgedacht werden. Sie sind eigenständige Subjekte, denen wir Gehör und Gestaltungsmacht zugestehen müssen.

In neun Sitzungen unter dem Motto „Jetzt reden wir! Wie junge Menschen leben, kämpfen und gestalten“ waren ausschließlich Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene unter 27 Jahren als Sachverständige zu Gast. Ob zum selbst verwalteten Jugendzentrum, dem Recht auf Mobilität oder dem Einsatz gegen Rassismus – sie brachten sich mit klugen Analysen und Ideen ein.

Nun gilt für uns alle, die Forderungen und Perspektiven der Sachverständigen nach außen zu tragen und Wege zu finden, den Bundestag jugendgerechter zu gestalten.

www.gruene-bundestag.de/ausschuesse